



Gestern fand die letzte Veranstaltung der Vorlesungsreihe über den heimischen Landtag statt. Neben dem Referat des Politikwissenschaftlers Christian Frommelt (links) stand auch eine Podiumsdiskussion mit den Landtagsabgeordneten Manfred Batliner (FBP), Helen Konzett Bargetze (FL), Judith Öhri (VU) und Harry Quaderer (DU) auf dem Programm. (Foto: Michael Zanghellini)

Probleme des Landtags erläutert

Debatte Die vierte und letzte Veranstaltung der Vortragsreihe «Landtag - Schwatzbude, Volksvertretung, Machträger?» des Liechtenstein-Instituts befasste sich mit Reformvorschlägen für die Landtagsarbeit.

In einem Podiumsgespräch diskutieren im Vereinshaus Gamprin Vertreter der Politik und der Wissenschaft über Reformvorschläge für die Landtagsarbeit und deren Umsetzbarkeit. Wilfried Marxer, Direktor des Liechtenstein-Instituts, begrüsst hierzu die Podiumsteilnehmer Manfred Batliner (FBP), Judith Öhri (VU), Helen Konzett Bargetze (FL), Harry Quaderer (DU) sowie die beiden am Liechtenstein-Institut tätigen Politologen Christian Frommelt und Sebastian Wolf.

Frommelts Impulsreferat

In seinem einführenden Impulsreferat listete Frommelt Aspekte der Landtagsarbeit auf, die im Hinblick auf Reformvorschläge näher zu betrachten sind, und die in der anschliessenden Diskussionsrunde ausreichend Gesprächsstoff lieferten. Im Zentrum stehen und standen die Fragen: Welche Instrumente stehen dem Landtag zur Verfügung? Wie werden diese genutzt? Innerhalb welcher Strukturen erfolgt die Landtagsarbeit und wie zweckmässig sind dieselben? Wie steht es um die Beziehungen vom Landtag zur Regierung, zu den Parteien und zum

Volk und was wäre da verbesserungswürdig?

Zu Frommelts Feststellung, dass die Landtagsabgeordneten während der vergangenen Mandatsperiode insgesamt 1600 Kleine Anfragen (inklusive Unterfragen) eingebracht haben gegenüber lediglich 20 Postulaten äusserten sich die Landtagsabgeordneten dahingehend, dass das parlamentarische Instrument der Kleinen Anfrage relativ spontan und mit geringem Aufwand eingesetzt werden könne, während beispielsweise das Einbringen eines Postulates oder einer Motion vertiefte Fachkenntnisse und auch formale Kenntnisse voraussetze, die dem Milizparlament nur in beschränktem Masse zur Verfügung stehen.

Milizparlament wurde befürwortet

Damit stand die Frage im Raum, ob das Milizparlament nicht ausgedient hat und durch ein Berufsparlament ersetzt werden müsste. Im Podium blieb die Einführung eines Berufsparlamentes eine Minderheitsposition. Aber alle Teilnehmer waren sich weitgehend einig, dass dem Landtag ein Unterbau fehlt, der zu den einzelnen Regierungsvorlagen Begut-

achtungen erarbeitet oder parlamentarische Vorstösse vorbereitet, für die einzelnen Abgeordneten gewisse Beratungsleistungen erbringt. Ob dieser Unterbau mit dem Ausbau der Parlamentsdienste, mit der Verstärkung der Kommissionsarbeit oder mit der Einbindung der Regierung über das neu geschaffene Geschäftsverkehrsgesetz erfolgen kann und soll, blieb offen.

Im Unterschied zum Landtag verfügt die Exekutive etwa mit ihrem Rechtsdienst und auch mit den diversen Amtsstellen über diesen Unterbau und hat überdies für externe Beratungsleistungen und Expertisen im vergangenen Jahr fünf Millionen Franken ausgegeben. Beim Landtag wurden hierfür rund 50 000 Franken gebraucht, hiess es. Zudem war die Bereitstellung von Informationen durch die Regierung während der vergangenen vier Jahre unbefriedigend, verlautete vonseiten der Parlamentarier. Dies habe zum Erlass des Geschäftsverkehrsgesetzes geführt.

Wie nah ist der Landtag beim Volk? Im Zusammenhang mit dieser Frage waren die Parteien, deren Finanzierung und die Rolle als Parlamentari-

er Thema. Die Parteienfinanzierung wird grundsätzlich bejaht. Verbesserungsbedarf wird bei der Transparenz über die privaten Spenden gesehen. Es müsste offengelegt und eventuell gedeckelt werden, wie viel von den einzelnen Parteien für Wahlwerbung aufgewendet wird und wer das finanziert.

Übergeordnete Interessen vorhanden

In Bezug auf die Volksnähe setzte sich auf dem Podium die Erkenntnis durch, dass der Gebrauch von Facebook und Twitter das Gespräch mit den Bürgern nicht ersetze. Bei den Grossparteien werden zwar diverse Begegnungsplattformen gepflegt, doch diese Gefässe seien teils nicht mehr zeitgemäss. Sie dienten eher der Vermittlung einer Parteiposition und weniger dem Hören von Meinungen der Bürger. Vor allem die Kleinparteien setzen hier auf meinungsoffene Veranstaltungen zu gewissen Themen.

Aus dem Plenum wurde schliesslich beigefügt, dass Abgeordnete auch übergeordnete Interessen zu vertreten haben, die dem Landeswohl dienen, dem Einzelnen aber zum Nachteil gereichen können. (hs)